

Tania Munz

Bericht über die EGPA Jahreskonferenz 2021 in Brüssel

Permanent Study Group «Justice and Court Administration»

Am 8. und 9. September 2021 fand das zehnte Meeting der Permanent Study Group «Justice and Court Administration» im Rahmen der Jahreskonferenz der European Group for Public Administration (EGPA) statt. Die internationale und multidisziplinäre Studiengruppe beschäftigte sich auch dieses Jahr mit aktuellen Themen im Bereich der Justiz.

Beitragsart: News abroad

Zitiervorschlag: Tania Munz, Bericht über die EGPA Jahreskonferenz 2021 in Brüssel,
in: «Justice - Justiz - Giustizia» 2021/4

Inhaltsübersicht

1. Einleitung
2. Management und Leistungsmessung
3. Digitale Transformation und Innovation
4. Weitere Themengebiete
5. Ausblick

1. Einleitung

[1] Die Jahreskonferenz 2021 der European Group for Public Administration (EGPA) fand vom 7. bis 10. September 2021 in Brüssel, Belgien, statt. Im Rahmen dieser traf sich die Permanent Study Group «Justice and Court Administration» am 8. und 9. September 2021 zum zehnten Mal für gemeinsame Sitzungen.

[2] Die Study Group wird von ANDREAS LIENHARD, DANIEL KETTIGER (beide Kompetenzzentrum für Public Management, Universität Bern, Schweiz), ANNE SANDERS (Universität Bielefeld, Deutschland) und MARCO FABRI (National Research Council of Italy, Bologna, Italien) geleitet.¹

[3] Zum ersten Mal wurden hybride Veranstaltungen angeboten, sodass eine Teilnahme sowohl in Brüssel als auch per Zoom möglich war. Dieses Konzept galt ebenfalls für die Teilnahme an den Sitzungen der Permanent Study Group «Justice and Court Administration».

[4] Im Folgenden soll kurz auf die einzelnen Präsentationen eingegangen werden, um einen Überblick über die behandelten Themen zu verschaffen.

2. Management und Leistungsmessung

[5] Gegenstand der Präsentation von JOÃO PAULO DIAS war eine Umfrage, die er gemeinsam mit FILIPA QUEIRÓS, PAULA CASALEIRO und FERNANDA JESUS (alle Centre for Social Studies, University of Coimbra, Portugal) durchgeführt hatte. Er präsentierte die vorläufigen Resultate bezüglich des Zusammenhangs zwischen Arbeitsintensität sowie -zeit und deren Auswirkungen auf die Gesundheit in juristischen Berufen in Portugal. Die Notwendigkeit einer vertieften Analyse wurde erkannt.

[6] MARTIN VIKTORA (Prague University of Economics and Business, Tschechien) stellte eine Studie des tschechischen Justizministeriums und der Beratungsfirma PwC vor, welche im Jahr 2016 durchgeführt worden war. Gegenstand der Studie war die Budgetierung und Kosteneffizienz im tschechischen Justizsystem. Durch Leistungsindikatoren konnten die verschiedenen Organisationseinheiten verglichen werden. Die strategische Planung und Mittelverteilung im Justizsystem konnten durch die Ergebnisse erheblich verbessert werden.

[7] Mit einer möglichen Reform des Justizsystems in England und Wales beschäftigte sich JOHN SORABJI (Nine St John Street Chambers, UK). Er stellte sich die Fragen, ob die Justizadministration auf die Judikative übertragen werden soll, wie die beiden verschiedenen Managementstrukturen der Tribunale und Gerichte in einem solchen Fall weitergeführt werden sollen und generell, ob

¹ Weitere Informationen zur EGPA Permanent Study Group XVIII «Justice and Court Administration» sind unter https://egpa.iias-iisa.org/PSG_XVIII_JUSTICE_AND_COURT_ADMINISTRATION.php abrufbar (alle Internetseiten zuletzt besucht am 4. November 2021).

die Managementstrukturen unabhängig von den zwei vorangehenden Punkten überhaupt noch adäquat sind. Er schlägt vor, Gerichte und Tribunale zu vereinen und unter eine einheitliche Managementstruktur zu stellen. Er befürwortet dazu die Errichtung eines Justizrats unter dem Vorsitz des Lord Chief Justice. Durch die Reform könnten Schwächen im aktuellen System beseitigt werden.

[8] FEDERICA VIAPIANA präsentierte ihre gemeinsame Forschung mit FRANS VAN DIJK und BART DIEPHUIS (alle Montaigne Centre for Rule of Law and Administration of Justice, Utrecht University, Niederlande). Sie untersuchten die Auswirkungen der sogenannten «Managerialisierung» der Justiz auf die Organisation, Autonomie, Arbeitsqualität, Effizienz und den Stress der Richterinnen und Richter in Finnland, Italien und den Niederlanden. Diese drei Länder weisen verschiedene Budgetierungsmodelle und damit auch unterschiedliche Ergebnisse auf. Zugleich konnten einige Gemeinsamkeiten im Hinblick auf den wahrgenommenen Druck, den arbeitsbedingten Stress und die Motivation festgestellt werden.

[9] Mit der Effizienz und Fairness betreffend Begründungen in Asylentscheiden in den Niederlanden beschäftigten sich VIOLA BEX-REIMERT, ALBERT MARSEILLE und MARC WEVER (University of Groningen, Niederlande). Die zwei Erstgenannten präsentierten die Praxis der Berufungsinstanz in Asylangelegenheiten, welche bei Bestätigung der Urteile der Vorinstanz nicht verpflichtet ist, eine Begründung anzugeben. Im Jahr 2020 wurde ein Experiment gestartet, wobei die Option eingeführt wurde, eine von fünf Kurzbegründungen anzufügen. In der Präsentation gingen sie näher darauf ein, welchen Einfluss dies auf die Anzahl der begründeten Urteile, auf die Geschäftslast der Berufungsinstanz und auf die erfahrene Gerechtigkeit der involvierten Parteien hat.

3. Digitale Transformation und Innovation

[10] CHRISTOPHE DUBOIS und LISA PELSSERS (Université de Liège, Belgien) beschäftigten sich in einer Studie mit der Publikation von Urteilen durch den belgischen Staatsrat. Weil das belgische Justizsystem mit der Digitalisierung zurückliegt, handelt es sich beim Staatsrat um eine der wenigen Institutionen in Belgien, die Urteile im Internet publiziert. In der Präsentation ging LISA PELSSERS darauf ein, dass die Anwendungen gegen aussen stabil und funktional wirken, jedoch auf der Wartungsseite geringe personelle sowie verstreute finanzielle Ressourcen vorliegen. Weiter basiert das Ganze auf proprietären Programmiersprachen und auf veralteter Infrastruktur.

[11] Das Forschungsprojekt «Open Justice vs. Privacy», welches Teil des Nationalen Forschungsprogramms (NFP) 77 des Schweizerischen Nationalfonds ist, wurde von ANDREAS LIENHARD und DANIEL KETTIGER vorgestellt. Dem Forschungsteam gehören weiter THOMAS MYRACH, MATTHIAS STÜRMER, MAGDA CHODUP und JOEL NIKLAUS (alle Universität Bern, Schweiz) an. Das Forschungsprojekt beschäftigt sich mit dem Spannungsfeld zwischen Justizöffentlichkeit und Privatsphäre. Ziel ist es, die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Umgang mit Gerichtsurteilen und deren Bereitstellung für die Öffentlichkeit zu erarbeiten, sowie ein De-Anonymisierungs- und Verifikationstool für die Überprüfung anonymisierter Urteile zu entwickeln.²

² Der Projektbeschreibung ist auf https://www.kpm.unibe.ch/forschung/forschungsprojekte/gerichtsurteile_im_spannungsfeld_zwischen_transparenz_und_privatsphaere_open_justice_versus_privacy/index_ger.html verfügbar.

4. Weitere Themengebiete

[12] JOÃO RICARDO CATARINO präsentierte einen gemeinsamen Beitrag mit RICARDO MORAES SOARES, ANA MARIA SANTOS und SUSANA SOBRAL (alle ISCSP, University of Lisboa, Portugal). Gegenstand der Präsentation war der Rechnungshof von Portugal. Dabei handelt es sich um eine staatliche Aufsichtsbehörde mit dem Status eines Gerichts und mit spezifischen Pflichten und Kompetenzen. Obwohl die Zuständigkeit des Gerichts sukzessiv ausgeweitet worden war, konnte kein Zusammenhang mit der Anzahl der Verfahren festgestellt werden.

[13] In den letzten Jahren sind die Handelsgerichtsverfahren in den Niederlanden zurückgegangen. Dies obwohl aufgrund des Wirtschaftsaufschwungs davon ausgegangen wurde, dass mehr Rechtsstreitigkeiten entstehen werden. Mit dieser Entwicklung haben sich FRANS VAN DIJK, WOLTER HASSINK, DIOGO REQUENA und REMME VERKERK (alle Utrecht University, Niederlande) auseinandergesetzt. DIOGO REQUENA präsentierte dazu Hypothesen, die zu dieser Entwicklung führen könnten. Sie kamen zum Ergebnis, dass der Rückgang der Verfahren in Zusammenhang mit dem technologischen und wirtschaftlichen Wandel steht, erkannten aber zugleich, dass weiterer Forschungsbedarf besteht.

[14] CHRISTOPHE KOLLER (ESEHA-CHStat, Schweiz) präsentierte eine gemeinsame Studie mit DANIEL FINK (Universität Luzern, Schweiz) zum Strafjustizsystem in der Schweiz während der Covid-19-Pandemie. Entgegen den Erwartungen sowie den Entwicklungen in anderen Ländern ist die Situation gemäss den erfassten Zahlen in der Schweiz weitgehend stabil geblieben. Es konnte in den meisten Fällen kein klarer und direkter Zusammenhang zur Pandemie hergestellt werden.

5. Ausblick

[15] Auch nächstes Jahr wird voraussichtlich eine EGPA Jahreskonferenz stattfinden, anlässlich welcher sich die Permanent Study Group «Justice and Court Administration» wieder treffen wird. Konferenzort und Daten werden baldmöglichst durch die EGPA kommuniziert.³ Im Frühjahr 2022 wird der Call for Papers bzw. die Einladung zur Unterbreitung von wissenschaftlichen Beiträgen erfolgen.

TANIA MUNZ, BLaw, ist Hilfsassistentin am Kompetenzzentrum für Public Management (KPM) der Universität Bern und führt das Sekretariat der Permanent Study Group XVIII «Justice and Court Administration» der European Group for Public Administration (EGPA).

³ Siehe https://egpa.iias-iisa.org/EGPA__ANNUAL_CONFERENCE.php.